

(A) **Abgeordneter Kaula:** Meine Damen und Herren! Die Frau Berichterstatterin hat zweimal in ihrem Bericht darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen im Ausschuß gegen die Anträge gestimmt haben. Es ist infolgedessen nötig, daß ich dazu ein paar Worte sage. An und für sich hat unser Redner bei der ersten Lesung im Juli 1925 sich nicht unsympathisch der Materie gegenüber geäußert. Aber seit der Zeit ist viel Wasser die Elbe hinuntergelaufen, und Sie werden mir alle recht geben, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zeit geradezu in eine Katastrophe ausgeartet haben und daß man Dinge, denen man damals immerhin noch wohlwollend gegenübergestanden hat, heute nicht mehr von diesem Gesichtswinkel aus betrachten kann.

Wir Deutschnationalen sind mit dem Volke genau so eng verwandt als Menschen selbst, wie jeder andere von irgendeiner beliebigen Fraktion. Wir versagen schwangeren Arbeiterinnen ganz gewiß nicht das Mitgefühl, das den Frauen in dieser Lebenslage unter allen Umständen zuzubilligen ist, namentlich wir Älteren ganz gewiß nicht, die wir diesen Zustand selbst mit angesehen haben in der eigenen Familie. Wir wissen, was einer Frau in der Notlage unter allen Umständen gewährt werden muß, aber wir glauben ganz bestimmt, daß mit dem Antrage, mit der Vorlage des Ausschusses, die heute hier zur Beratung steht, kein Segen gestiftet wird, sondern höchstens Unsegen. Es ist ein Unsegen für die Frau, wenn man ihr auferlegen will, daß sie aus der Arbeit gehen soll, wenn sie vielleicht selbst nicht will. Der Idealzustand, dem wir am liebsten zustimmen möchten, wäre der, daß lediglich der Mann für seine Familie zu sorgen hätte und daß die Frau lediglich zu Hause die Arbeit zu bewältigen hätte, die ihr obliegt. (Zuruf links.) Aber darüber brauchen wir

(B) hier kein Wort zu verlieren. Dieser Idealzustand ist einfach nicht erreichbar, er ist bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage vollständig undurchführbar. Jeden Tag — lesen Sie die Konkurslisten durch — kommen neue Zusammenbrüche und damit bedauerlicherweise wieder neue Entlassungen von Menschen, die auf die Straße geworfen werden. Ich meine, die Reden, die wir auch heute darüber gehört haben, ändern an der Tatsache einfach nichts. Mögen auch Übergriffe einzelner Personen oder einzelner Betriebe festzustellen sein, in Wirklichkeit sind wir alle augenblicklich so im Elend angelangt, daß es fast nicht mehr überboten werden kann. Es wird auf der linken Seite beklagt, daß immer wieder Entlassungen vorgenommen werden. Sehen Sie sich einmal die Vorlage an; sehen Sie, wenn unter A 1 geschrieben wird:

das Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft.

Was bedeutet das in Wirklichkeit? Wenn das Verbot Gesetz würde, dann sagt eben einfach der Unternehmer: du bist in dem Zustande, du bist für mich erledigt, du wirst hiermit entlassen. Auch Punkt 2, die Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im fünften und sechsten Monat der Schwangerschaft auf höchstens vier Stunden pro Tag ist doch in der Wirtschaft gar nicht durchzuführen. Nehmen Sie einmal einen Betrieb, wo Frauen oder Mädchen beschäftigt sind; glauben Sie wirklich, daß eine derartige Umstellung möglich wäre, daß man gewisse Schichten nur vier Stunden beschäftigt? Es sollen ja wohl nicht einmal vier Stunden hintereinander sein nach den ganzen Ausführungen, die wir gehört haben, sondern die vier Stunden sollen willkürlich herausgesucht werden. Daß innerhalb der acht Stunden Arbeitszeit nur vier Stunden gearbeitet werden, das ist einfach nicht möglich. Gewiß

ist es so, daß eine Frau, die kurz vor ihrer schwersten Stunde steht, nicht geradezu ein Bild bietet, das in dem Betriebe angenehm wirkt. Es ist auch schon bei der ersten Lesung ausgeführt worden, daß die Frauen manchen Hänseleien ausgesetzt sind, so daß man zu der Überzeugung kommen kann, Ehemänner, die dazu in der Lage sind, werden ihrer Frau unter allen Umständen ersparen, sie während dieser Zeit noch im Betriebe zu lassen. Aber wenn einmal die Not vor der Tür steht, werden auch solche Ehemänner die ethischen Gründe unterdrücken und werden sagen müssen: Siehe zu, daß du solange wie möglich aushältst. Mir sind Frauen bekannt, die sich mir gegenüber dahin geäußert haben: Was wollen denn die Leute mit solchen Anträgen? Wir brauchen doch das Geld, Weihnachten steht vor der Tür; ich muß sehen, den Zustand solange wie möglich zu verbergen, damit ich mit verdienen kann. Nun wird zwar in A 3 verlangt, daß

die Vergütung des entgehenden Arbeitsverdienstes durch eine zu schaffende obligatorische Kollektivversicherung gedeckt wird.

Das ist doch auch ein Antrag oder eine Vorlage, die einfach nicht durchführbar ist. Wir wissen doch alle, wie es unserem eigenen Staate geht, wir wissen doch, welches Defizit im vorigen Haushaltplan vorhanden war und welches Defizit wir auch dieses Mal trotz aller vielleicht erfolgenden Einsparungen erleben werden. Und dem Reich geht es nicht besser und den Gemeinden auch nicht. Glaubt vielleicht einer der Herrschaften hier im Hause, daß es in der nächsten Zeit besser würde? Wir haben auch in der letzten Zeit darüber debattiert. Jeder, der ernst in die Zukunft blickt, weiß ganz genau, daß die Steuereingänge viel schlechter werden als bisher und daß erst recht keine Gelder vorhanden sind für irgendwelche Dinge, die wir vielleicht doch entbehren können. Und jemehr Leute auf die Straße geworfen werden — ich brauche mit Willen diesen Ausdruck, um mich recht kraß auszudrücken —, umso weniger Arbeitgeber gibt es, die in gewisse Klassen hineinsteuern, und desto weniger verdienende Arbeitnehmer gibt es, die noch in den Betrieben beschäftigt sind und die ebenfalls ihren Obolus beitragen können. Die Herren, die in Klassen tätig sind, beispielsweise Herr Kollege Schnirch oder andere Herren, werden mir bestätigen, daß die Klassen heute schon den Verpflichtungen, wofür sie gedacht sind, einfach nicht nachkommen können, und da wollen wir immer neue Lasten auf die Klassen legen? Das geht unter keinen Umständen.

An sich ist die Fürsorge ganz gut gemeint, aber wenn wir schon einmal sagen, wir wollen den wertvollen Nachwuchs unserem Volke unter allen Umständen erhalten, wir wollen die vollendende Mutter schonen, so dürfen wir nicht bei einem stehen bleiben und sagen: nur alle die Arbeiterinnen gebären die Zukunft des deutschen Volkes, sondern da müssen wir auch alle Frauen des so schwer ringenden Mittelstandes dazunehmen. Gehen Sie doch hinein in die Bäckereien, in die Fleischereien oder in Betriebe, welche Sie wollen! Auch dort müssen die Frauen von früh morgens bis zum späten Abend schwer mitarbeiten, auch dort gibt es nicht die Möglichkeit, daß sich die Frauen stundenlang ausruhen können. Wer hilft denn den Frauen? Wer gewährt denn den Hausfrauen, die einen größeren Haushalt vorstehen, wo viele Kinder da sind, und die die Wirtschaft ganz allein versorgen müssen und unter Umständen auch sehr schwer unter diesem Zustande leiden, wer gewährt denn denen irgendwelche Beihilfen? Wo ist da der Schutz, der den Arbeiterinnen gewährt werden soll? Ich hätte nichts dagegen, wenn wir